

„Die interdisziplinäre Gender- und Diversityforschung weiter ausbauen“

Interview mit Dr. Maren A. Jochimsen, der neuen Geschäftsführerin des Essener Kollegs für Geschlechterforschung

Das Interview führte Linda Wotzlaw, M. A.



Frau Dr. Jochimsen, Sie haben in der Schweiz gelebt und gearbeitet, aber auch in Brüssel, Cambridge, in Harvard und Amsterdam. Haben Sie in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Bedingungen für Wissenschaftlerinnen vorgefunden?

Sie sprechen einen Zeitraum an, der die letzten 20 Jahre umfasst. In dieser Zeit haben sich die Bedingungen an den Universitäten nicht nur für Frauen stark verändert. Das muss man bei der Beantwortung der Frage bedenken. Während meiner Promotionszeit an der Universität St. Gallen Anfang der 1990er Jahre war das Bewusstsein dafür, dass Frauen in Lehre und Forschung anders behandelt werden, dass sie möglicherweise andere Forschungsansätze verfolgen als Männer, noch nicht sehr ausgeprägt – weder bei Frauen noch bei Männern. Sandra Hardings Buch „The Science Question in Feminism“ war gerade erst in deutscher Übersetzung erschienen¹ und unsere Gründung eines Diskussionskreises „Frau in der Wissenschaft“ ein absolutes Novum. Daran hat sich im Laufe der Zeit einiges geändert, und während meiner Forschungsaufenthalte am Judge Institute

for Management Studies in Cambridge in England, an der ökonomischen Fakultät und dem Komitee für Women's Studies der Harvard Universität in den USA und dem Institut für Ökonomie und Ökonometrie der Universität Amsterdam in den Niederlanden war das Bewusstsein für die Situation von Wissenschaftlerinnen bereits ein anderes, vor allen Dingen unter den Frauen selber. Dort wurde auch aktiv versucht, die universitären Strukturen für Wissenschaftlerinnen zu verbessern. Trotzdem waren Frauen in den Wissenschaften, zumal in ganz bestimmten Fächern – und mein eigenes Fach, die Ökonomie, gehört dazu –, zahlenmäßig stark unterrepräsentiert, nicht unbedingt unter den Studierenden, aber je ernsthafter sie bestrebt waren, einen wissenschaftlichen Berufsweg einzuschlagen, also bei Promotionen, Habilitationen und Berufungen auf Professuren – und sind es ja bis heute. Das Bewusstsein für diese Situation wie auch für die Schwierigkeit, ganz bestimmte Forschungsfragen, die einen Genderaspekt hatten oder Wissenschaftlerinnen besonders interessiert haben, in der Mainstreamforschung zu verankern, war schon deutlich ausgeprägter vorhanden. Als Generalsekretärin der European Platform of Women Scientists EPWS in Brüssel habe ich weniger eigene Forschung betrieben als vielmehr im Wissenschaftsmanagement gearbeitet und hatte mit diesen Fragen vor allem in politischer Hinsicht zu tun.

Einer Ihrer Forschungsschwerpunkte ist die Ökologische Ökonomie. Können Sie uns kurz erklären, was darunter zu verstehen ist?

¹ Harding, Sandra. Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Geschlecht. Hamburg: Argument 1991.

In meinem Studium der Volkswirtschaftslehre in Freiburg und London in den 1980er Jahren spielten ökologische Fragestellungen überhaupt keine Rolle, obwohl die ökologische Krise bereits ein in der Gesellschaft stark diskutiertes Thema war. Die ökologische Ökonomie, die Natur, Umwelt und vor allem die nicht erneuerbaren Ressourcen in das ökonomische Denken einbezieht, stand Anfang der 1990er Jahre für einen Paradigmenwechsel in dieser Hinsicht. Ökologische Ökonomie versteht unser Wirtschaften als eingebettet in ökologische, gesellschaftliche, politische und kulturelle Zusammenhänge. Sie geht davon aus, dass jegliches Wirtschaften immer in einen ökologischen Kreislauf eingreift. Ihren theoretischen Überlegungen liegt die Vorstellung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, die einerseits der Natur nur so viel entnimmt, wie das ökologische System leisten kann, und andererseits darauf zielt, Produkte herzustellen, die vom ökologischen System wieder aufgenommen oder abgebaut werden können, zugrunde. Die ökologische Ökonomie ist ein ganzheitlicher inter- und transdisziplinärer Ansatz, der versucht, ökologische, politische, kulturelle und gesellschaftliche Faktoren, die ja insgesamt bestimmen, was und wie wir produzieren, was und wie wir konsumieren, zusammen zu denken und eine nachhaltige und sozialverträgliche Entwicklung wissenschaftlich zu fundieren. Meine Doktorarbeit zur Poetisierung der Ökonomie liegt in diesem Bereich; danach habe ich an verschiedenen Forschungsprojekten zu Themen wie dem globalen Klimawandel mitgearbeitet. Auch bin ich Mitinitiatorin eines Ansatzes, dessen Entwicklung das Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften verfolgt. Schon ganz zu Beginn haben wir in diesem Netzwerk drei Handlungsprinzipien für wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln erarbeitet: „Vorsorge“ statt Nachsorge, „Kooperation“ statt Konkurrenz und „Orientierung am für das gute Leben Notwendigen“ statt an monetären Größen.

Die ökologische Ökonomie beschäftigt sich also auch mit den wirtschaftlichen Folgen von Umweltschäden?

Ja, das ist in der Analyse inbegriffen, denn ein Umweltschaden würde nach ökologisch-ökonomischem Verständnis heißen, dass eine Übernutzung natürlicher Ressourcen stattgefunden hat: man hat also entweder mehr verbraucht, als das System in der Lage ist zu regenerieren, oder man hat etwas produziert, das nicht mehr in den ökologischen Kreislauf zurückkehren und von der Natur abgebaut werden kann. Ein vorsorgend wirtschaftendes Denken versucht, die Produktion schädlicher Abgase zu vermeiden und sich nicht erst damit zu befassen, wenn diese bereits entstanden sind.

*In Ihrem Buch *Careful Economics* geht es um die Integration von Care-Arbeit in die ökonomische Theorie. Zu welchen Ergebnissen sind Sie bei Ihren Forschungen gekommen?*

An den Anfang meines Buches habe ich den Satz gestellt: „To care is to relate.“ – „Sorgen heißt, sich in Beziehung setzen“. Darin ist die Kernaussage der Untersuchung schon in Ansätzen enthalten: Ich gehe davon aus, dass die klassische Sorgesituation, die ich definiere als Sorge für kleine Kinder, kranke und ältere Menschen – also für von der Sorgeleistung abhängige Personen – sich fundamental von einer Situation unterscheidet, wie sie gemeinhin in der Ökonomie mit der Situation des Tausches zugrunde gelegt wird. Vor allem klassische Sorgesituationen sind meist durch eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit der umsorgten Person gekennzeichnet, etwa bei einem kleinen Kind oder einem sehr kranken Menschen. Dadurch entsteht eine Asymmetrie zu der Person, die die benötigte Sorgeleistung erbringt – diese kann nämlich die Tätigkeit ausführen, welche die umsorgte Person nicht ausführen kann –, und es besteht die Gefahr einer existenziellen und materiellen Abhängigkeit. Klassische Sorgesituationen sind also charakterisiert durch beschränkte Handlungsfähigkeit, Asymmetrie und mögliche Abhängigkeit. Die Tauschsituation in der traditionellen Ökonomie dagegen ist gekennzeichnet durch Autonomie, Unabhängigkeit der handelnden Personen und Symmetrie: Ich tausche mit einer ebenso handlungsfähigen Partnerin oder einem ebenso handlungsfähigen Partner, so die Annahme, und gebe nur etwas her, wenn ich ein gleichwertiges Produkt dafür erhalte, bin folglich in diesem Sinne unabhängig von der anderen Person; wenn ich nicht haben möchte, was der oder die andere mir geben will, dann unterlasse ich den Tausch. Dieses Grundkonstrukt führt dazu, dass es sehr schwierig ist, Sorgesituationen mit dem herrschenden ökonomischen Instrumentarium zu erfassen, weil die Annahmen über die wirtschaftenden Menschen grundsätzlich andere sind. Aus Sicht der Analyse von Care-Arbeit aber erscheinen die Tatsache, dass wir eine Handlung nicht ausführen können, sowie Asymmetrie und Abhängigkeit als Grundkonstanten – im menschlichen Leben wie auch in wirtschaftlichen Zusammenhängen – und symmetrische Situationen als eine spezielle Form der Asymmetrie. Asymmetrie und Abhängigkeit sind hier die Regel, Symmetrie und Unabhängigkeit der Ausnahmefall. Dadurch ergeben sich eine grundsätzlich andere Ausgangssituation und andere Ausgangshypothesen bei der Betrachtung ökonomischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge.

Hat sich in den letzten Jahren schon etwas hinsichtlich dieser Integration bewegt?

Sorgende Tätigkeiten sind in den letzten Jahren stärker in die ökonomischen Analysen einbezogen worden. Nicht zuletzt durch die Situation im Gesundheits- und im Pflegesystem hat Care-Ökonomie an Aufmerksamkeit gewonnen. Früher wurden sorgende Tätigkeiten im traditionellen Sinne den vor- oder nachökonomischen Tätigkeiten zugeordnet und waren nicht Gegenstand der wirtschaftlichen Betrachtung. Im Hinblick auf die theoretische Integration dieser Tätigkeiten in die ökonomische Theorie wurden seitdem wertvolle Arbeiten geleistet. Das Sichtbarmachen der grundlegenden Bedeutung pflegerischer und vorsorgender Tätigkeiten für das gesellschaftliche Gefüge und damit die Basis jeglichen Wirtschaftens ist nicht zuletzt auch das Verdienst der feministischen Ökonomie.

Was würde sich für Frauen und Männer durch diese Integration ändern?

Der umfassendere Blick auf das, was Wirtschaften eigentlich heißt und welche Tätigkeiten daher in die Analyse einbezogen werden müssen, nämlich nicht nur die bezahlten, sondern auch die unbezahlten Tätigkeiten, die Erwerbswirtschaft wie auch die Versorgungswirtschaft, ist etwas, das beiden Geschlechtern zugute kommt. Rein statistisch gesehen leisten immer noch wesentlich mehr Frauen Sorge- und Pflegearbeit als Männer. Care-Ökonomie arbeitet daran, ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag in seiner grundlegenden Bedeutung sichtbar und die wechselseitigen Abhängigkeiten von Erwerbs- und Versorgungsarbeit deutlich zu machen. Auch beeinflusst, ob und wie viel Sorgearbeit Frauen und Männer leisten müssen, unter Umständen ihre Beteiligung am Erwerbsarbeitsleben und damit ihre Möglichkeiten, ein selbständiges Einkommen zu erwirtschaften. Unter anderem deshalb ist es ganz wesentlich, dass sorgende Tätigkeiten gleichermaßen von beiden Geschlechtern übernommen werden.

Voraussetzung für verantwortliche Politik und verantwortliches Wirtschaften in dieser Hinsicht ist, dass diese Zusammenhänge erkannt werden, um eine Vorstellung davon zu bekommen, was passiert, wenn der Sorgebereich und die darin arbeitenden Gesellschaftsmitglieder vernachlässigt werden. Es ist ähnlich wie im Umgang mit der unbezahlten Natur: Solange saubere Luft und sauberes Wasser scheinbar unbegrenzt vorhanden sind, machen wir uns keine Gedanken über die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen. Solange wir Mitglieder der Gesellschaft haben, die wirtschaftlich und kräftemäßig in der Lage und willens sind, pflegerische Tätigkeiten unentgeltlich auszuführen, funktioniert auch dieses System. Wenn sich aber gesellschaftliche Strukturen verändern und dies dazu führt, dass Engpässe im Pflegebereich sichtbar werden, dann wird deutlich, dass auch hier gesellschaftlicher Handlungsbedarf besteht.

Sie sind Mitgründerin der europäischen Sektion der International Association for Feminist Economics (IAFFE). Was verstehen Sie unter feministischer Ökonomie?

Die feministische Ökonomie integriert die Geschlechterperspektive in Wirtschaftstheorie und -politik, erweitert damit die traditionelle Ökonomie und entwickelt eigene Ansätze für eine geschlechtergerechte Wirtschaftsweise, ausgehend von Untersuchungen und kritischen Analysen in drei Bereichen: (1) die Situation von Frauen im Wirtschaftsleben, zum Beispiel die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede (gender-pay gap), die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen, der Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen; (2) die Analyse der Wirtschaftstheorie unter Gender-Gesichtspunkten, beispielsweise die Frage, welche Konzepte der Wirtschaftstheorie sich auf ein besonderes Verständnis oder Stereotype von „männlich“ (z. B. Produktion und Wettbewerb) und „weiblich“ (z. B. Konsum und Kooperation) zurückführen lassen und mit welchen Konsequenzen und blinden Flecken; gerade im Versorgungsbereich werden viele unbezahlte Tätigkeiten von Frauen immer noch unzureichend als Beitrag zur wirtschaftlichen Produktion und damit auch zum gesellschaftlichen Wohlstand wahrgenommen; (3) zudem beschäftigt sich feministische Ökonomie auch mit der Frage, welche Ziele Wissenschaft verfolgen, welche Art von Wissen sie produzieren sollte, mit feministischer Wissenschaftstheorie also.

Was sind vor diesem Hintergrund die Tätigkeitsfelder und Aufgabenbereiche der International Association for Feminist Economics (IAFFE)?

IAFFE ist eine Wissenschaftsorganisation, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu ökonomischen Fragestellungen arbeiten, international vernetzt. Sie organisiert Jahreskonferenzen an weltweit wechselnden Orten, beteiligt sich an wichtigen Ökonomie-Tagungen und unterstützt die Bildung regionaler Ableger. Damit bietet IAFFE ein ideales Forum, alle Arten von Forschungen im Bereich der geschlechterbezogenen Wirtschaftstheorie und -politik zur Sprache zu bringen. Die Bandbreite der Themen reicht von der Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftstheorie, die sich zu stark auf die bezahlte Arbeit konzentriert, bis hin zur Analyse der Wirtschafts- und Finanzkrise aus Geschlechterperspektive. Die von IAFFE getragene Zeitschrift „Feminist Economics“ mit ihrem hochkarätig besetzten internationalen Beirat von Frauen und Männern hat es geschafft, sich in kurzer Zeit als wissenschaftlich anerkannte Publikation zu etablieren.

Sie waren zuletzt Generalsekretärin der European Platform of Women Scientists EPWS in Brüssel. Was

macht diese Organisation und welche Erfahrungen haben Sie bei Ihrer Tätigkeit dort gemacht?

Die EPWS wurde im November 2005 gegründet als Dachverband für Netzwerke von Wissenschaftlerinnen in Europa und Organisationen, die sich für Chancengerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung einsetzen. Der Hintergrund der Gründung war, dass viele grundsätzliche forschungspolitische Entscheidungen heute auf europäischer Ebene getroffen werden und dort ein Rahmen erarbeitet wird, welcher der nationalen Politik als Referenzrahmen dient. Die EPWS hat die Aufgabe, die Vernetzung von Wissenschaftlerinnen in Europa zu stärken, die Anliegen und Interessen der Wissenschaftlerinnen auf europäischer Ebene einzubringen, Konzepte und Positionspapiere zu erarbeiten und über die Forschungspolitik und Aktivitäten wie auch deren bevorstehende Veränderungen zu informieren.

Meine Arbeit als Generalsekretärin war zunächst vor allem Aufbauarbeit. Es galt, das internationale Sekretariat des Verbandes mit fünf Mitarbeiterinnen verschiedener Fachrichtungen und Nationalitäten in Brüssel aufzubauen, Mitglieder in ganz Europa zu werben und die Organisation in der europäischen Forschungspolitik zu positionieren. Inzwischen hat die EPWS mehr als hundert Mitgliedsorganisationen, die zusammen über 12.000 Forscherinnen und Forscher vertreten. Es war eine interdisziplinäre Arbeit im internationalen Kontext, denn sowohl im Vorstand und Verwaltungsrat als auch unter den Mitgliedern der EPWS sind ganz unterschiedliche Disziplinen aus verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU sowie aus assoziierten Staaten vertreten. Ferner arbeitet die EPWS natürlich mit den europäischen Institutionen und anderen Wissenschaftsorganisationen in Europa und Brüssel zusammen, um die europäische Wissenschaftspolitik mitzugestalten.

Für mich war diese Zusammenarbeit sehr anregend und bereichernd. Wichtig war auch der regelmäßige Wechsel zwischen europäischer und nationaler Perspektive. Wir hatten gern und häufig Vertreterinnen und Vertreter unserer Netzwerke im Brüsseler Büro zu Besuch, die uns über die spezielle Situation in ihren Heimatländern informierten: Wie geht es wirklich zu in Estland, was beschäftigt Forscherinnen in Rumänien und wie ist die Situation von Wissenschaftlerinnen in Frankreich. Dies ermöglicht ein Verständnis für die Unterschiede, die – bei allen Gemeinsamkeiten – in Europa im Hinblick auf die Situation von Frauen in der Wissenschaft, ihre Repräsentanz bzw. Nicht-Repräsentanz durch Institutionen, die in ihrem Sinne arbeiten oder sie fördern oder bei den Möglichkeiten, auf aktuelle Forschungsinformationen zuzugreifen, bestehen. Diesen kontinuierlichen Austausch will die EPWS sicherstellen – über die

Organisation von Konferenzen und Workshops, die Teilnahme an Veranstaltungen, die Verbreitung von aufbereiteten Informationen sowie über die Vermittlung des Austausches erfolgreicher Praktiken und internationaler Forschungspartnerschaften. Dabei stößt sie immer auf große Resonanz.

Leider sind die meisten Netzwerke in Europa, die sich für Chancengleichheit in der Wissenschaft einsetzen, chronisch unterfinanziert, da staatliche und private Förderungen so gut wie keine Gelder für Betriebskosten bereitstellen. Doch Netzwerke und Organisationen, die mit staatlicher oder anderer Unterstützung ein eigenes Sekretariat betreiben, können eine kontinuierliche, auch konzeptionelle strategische Arbeit leisten und sich ganz anders an der wissenschaftspolitischen Diskussion beteiligen, als solche, die sich ausschließlich über Projektgelder finanzieren müssen.

Was finden Sie am Essener Kolleg für Geschlechterforschung besonders reizvoll?

Die Aufgaben der Geschäftsführerin entsprechen in weiten Teilen den Aufgaben meines bisherigen Tätigkeitsspektrums und ergeben eine Fülle von Anknüpfungspunkten. Mich reizt es sehr, in enger, kreativer Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Kollegs, mit der Universität Duisburg-Essen und dem Universitätsklinikum Essen, ihren Forscherinnen und Forschern, dem Netzwerk Frauenforschung NRW und anderen relevanten Institutionen eine Forschungseinrichtung im Bereich interdisziplinärer Gender- und Diversityforschung weiter auf- und auszubauen. Ich freue mich darauf, Forscherinnen und Forscher zusammenzubringen, Forschungsvorhaben anzustoßen und mitzuhelfen, an der Universität Duisburg-Essen die Gender- und Diversityforschung weiter zu etablieren, einer Institution, die es mit der institutionellen Verankerung und Förderung von Gender in der Forschung wirklich ernst meint.

Welche Funktion haben Sie in der besonderen Situation des Kollegs als Geschäftsführerin?

Das Essener Kolleg für Geschlechterforschung hat unter seiner Gründerin und langjährigen Direktorin Frau Professorin Dr. Doris Janshen einen sehr guten Ruf erworben. Diesen Faden gilt es wieder aufzunehmen und im Sinne einer anknüpfenden Neuorientierung und einer Reaktivierung der vorhandenen Potenziale unter Berücksichtigung neuer Anforderungen und Ideen, die seit dem Tod von Frau Janshen im Februar 2009 hinzugekommen sind, wie zum Beispiel dem Bereich der Diversity-Forschung, weiter zu entwickeln. Diese anknüpfende Neuorientierung konzeptionell mitzugestalten, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Kollegs, dem Vorstand und den bestehenden Institutionen zu koordinieren sowie die Forschung am Kolleg auszubauen und zu intensivieren, gehört zu meinen Aufgaben.

Kontakt und Information
 Dr. Maren A. Jochimsen
 Linda Wotzlaw, M.A.
 Essener Kolleg für Geschlechterforschung
 Universität Duisburg-Essen
 Universitätsstraße 12
 45117 Essen
 Tel. 0201-183-4931
 maren.a.jochimsen@uni-due.de
 linda.wotzlaw@uni-due.de
 www.uni-due.de/ekfg

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/72795

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20200915-092752-3



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 Lizenz (CC BY 4.0) genutzt werden.